

4. Energieplanungsbericht 2017 (Genehmigung)

Antrag des Regierungsrates vom 9. Januar 2018 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 15. Mai 2018

Vorlage 5428a

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Referentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Der Regierungsrat legt alle vier Jahre einen Energieplanungsbericht vor, der über die Grundlagen der gegenwärtigen und künftigen Energienutzung und -versorgung sowie über die langfristig anzustrebenden Entwicklungen berichtet. Der Regierungsrat beantragte am 9. Januar 2018, den Energieplanungsbericht 2017 zu genehmigen.

Die KEVU behandelte den Bericht in insgesamt vier Sitzungen. Am 15. Mai 2018 beantragte Ihnen die KEVU-Mehrheit, den Bericht ebenfalls zu genehmigen, während eine Minderheit deren Ablehnung beantragte. Das heisst, dieses Geschäft steht nun schon über ein Jahr auf der Traktandenliste des Kantonsrates.

Die Behandlung des Energieplanungsberichts 2013 hat in diesem Rat bekanntlich sehr hohe Wellen geworfen. Damals wurde der Bericht mit der Begründung, dass der Atomausstieg darin nicht erwähnt sei, abgelehnt. Dies hatte letztlich keine Konsequenzen, das heisst, es gab keinen abgeänderten Bericht, sondern wir diskutieren heute den ordentlichen, geplanten nächsten Bericht 2017. Die heutige KEVU beschäftigt sich allerdings noch mit den Nachwehen, nämlich der PI Bloch (*KR-Nr. 307/2014*), die beim entsprechenden Punkt das Energiegesetz ändern möchte.

Zum Energieplanungsbericht 2017: Der Handlungsbedarf im Energiebereich wird in den Kapiteln Rückblick, Ausblick und Steuerung abgehandelt. Dort werden insgesamt drei Handlungsfelder identifiziert, nämlich die Bereiche Gebäude, Mobilität und Strom. Gemäss dem Energieplanungsbericht 2017 sollen Bevölkerung und Wirtschaft zukünftig sicher und kostengünstig sowie zunehmend ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt mit Energie versorgt werden. Schwerpunkte der kantonalen Energiepolitik sind weiterhin, die Energieeffizienz zu steigern, den Anteil erneuerbarer Energien sowie die Abwärme an der Energieversorgung zu erhöhen und den CO₂-Ausstoss zu vermindern. Wie schon im Energieplanungsbericht 2013 dargestellt, sollen die Möglichkeiten bereits bekannter und bewährter Technologien ausgeschöpft und neue Innovationen genutzt werden.

Seit Jahren steigt der Energiebedarf pro Kopf im Kanton Zürich nicht mehr an und der CO₂-Ausstoss sinkt immerhin leicht. Diese Entwicklung soll weiterhin unterstützt und zweckmässig beschleunigt werden. Für die nächsten vier Jahre sind im Energieplanungsbericht 2017 für die Energieversorgung und die Energienutzung unter anderem folgende Schwerpunkte angegeben:

Energetisch optimierte Bauerneuerungen sowie Neubauten sind durch Anreize und Vorschriften zu begünstigen. Energie- und Raumplanung sollen gute Rahmenbedingungen zur Nutzung von Abwärme und erneuerbaren Energien schaffen

und für geeignete Leitungskorridore für Netzausbauten sorgen. Siedlungen sind in Abstimmung mit der Verkehrsplanung weiter nach innen zu verdichten, sodass sich Verkehrsinfrastrukturen mit geringem spezifischem Energiebedarf lohnen. Energieeffiziente Fahrzeuge sollen weiterhin von tiefen Motorfahrzeugsteuern profitieren. Und last but not least: Vordringlich soll auf Bundesebene geklärt werden, wie die Schweizer Elektrizitätswirtschaft im europäisch liberalisierten Markt positioniert und damit zu verknüpfen ist; dies insbesondere in Bezug auf die Selbstversorgungsgrad der Schweiz bezüglich der Elektrizitätsversorgung. Eine baldige Klärung ist dem Regierungsrat zwar wichtig, aber es ist, wie schon gesagt, eben eine Kompetenz der Bundesordnung.

Die Diskussion in der Kommission kann man wie folgt zusammenfassen: Im Bereich der Neubauten wurden allseits sehr grosse Fortschritte gesehen. Ein Teil der Kommission bemängelte allerdings, dass bei den Altbauten, welchen bekanntlich den weitaus grössten Teil des Gebäudeparks ausmachen, die Fortschritte ungenügend seien. Auch wurde der Teil über den Verkehr ausgiebig diskutiert, insbesondere, was die verschiedenen Kenngrössen für eine Aussage über die Präsenz oder Nichtpräsenz des Luftverkehrs machen. Von einem Teil der Kommission wurde hier bemerkt, dass im Verkehr zu wenige Fortschritte gemacht werden und das Thema, im Vergleich zur Bedeutung im CO₂-Ausstoss, stiefmütterlich behandelt werde.

Die KEVU-Mehrheit beantragt Ihnen, den Bericht anzunehmen. Er zeige gut auf, was die heutige Situation im Kanton Zürich ist, was erreicht wurde und was eben auch nicht erreicht wurde.

Eine Minderheit beantragt Ihnen hingegen, den Bericht nicht zu genehmigen, da die Energieplanung den vom Kanton selbst gesteckten Klimazielen hinterherhinke, obwohl diese sowieso wiederum hinter dem Pariser Abkommen massiv hinterherhinken. Die Minderheit erhofft sich mit der Ablehnung ein Zeichen, dass mehr Anstrengungen in allen Bereichen notwendig sind und in Zukunft gemacht werden.

Ich bitte Sie im Namen der KEVU-Mehrheit, den Bericht anzunehmen. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es ist mittlerweile den meisten klar, dass die Klimaerwärmung eine der grössten globalen Herausforderungen ist. Und es ist mittlerweile auch den meisten klar, dass die Herausforderung der Klimaerwärmung sowohl globales wie auch lokales Handeln erfordert. Wenn man jetzt den Energieplanungsbericht aus dem Jahr 2017 liest, merkt man von dieser Erkenntnis zum Klimawandel herzlich wenig. Der Bericht atmet den zaghaften Geist des Abwartens und des Zusehens. Da ist kein Mut drin für die notwendige Energiewende. Da ist keine Entschlossenheit drin, die Treibhausgase zu reduzieren. Dagegen liest man im Bericht Sätze wie, ich zitiere: «Bezüglich des CO₂-Ziels gemäss Energiegesetz gibt es keinen dringenden kantonalen Handlungsbedarf.» Und entsprechend formuliert man dann als oberste Handlungsmaxime, dass man die Marktkräfte spielen lassen will. Dabei sind es ja genau diese Marktkräfte, die zum viel

zu hohen CO₂-Ausstoss und zum Klimawandel geführt haben. Warum sollen jetzt auf einmal dieselben Kräfte möglichst ohne staatliche Einwirkung zum Gegenteil, wenn nicht zur Senkung des CO₂-Ausstosses führen?

Der Energieplanungsbericht ist eine verbindliche Grundlage dafür, wie es beim Kanton und bei den Gemeinden in energetischen Angelegenheiten weitergehen soll. Angesichts der dringenden Herausforderungen des Klimawandels können wir Grüne den vorliegenden Bericht nicht akzeptieren und stellen den Antrag zu seiner Nichtgenehmigung. Der Bericht muss zur Überarbeitung an die Regierung. Der Bericht ist auch aus einem zweiten Grund abzulehnen, denn die Forderungen, die an den Bericht von 2013, vor vier Jahren, gestellt worden sind, sind auch diesmal nicht erfüllt. Damals verlangte die Ratsmehrheit, dass klare Aussagen zum Ausstieg aus der Atomenergie gemacht werden. Diese Aussagen fehlen im neuen Bericht immer noch, und dies, obwohl der Kanton 37 Prozent der AXPO-Aktien (*Schweizer Energiekonzern*) besitzt und somit massgeblich an vier AKW in der Schweiz beteiligt ist. Beznau I feiert dieses Jahr sein 50-Jähriges, das ist kein Jubiläum, auf das wir stolz sein können. Die Geschichte der Zwischenfälle in den beiden Beznau dauert schon über zehn Jahre an. Der Kanton Zürich muss dafür sorgen, dass diese gefährliche und hochriskante Geschichte bald beendet wird. Doch im vorliegenden Bericht wird nur der Wegfall des Atomstroms irgendwann mal erwähnt, einen Termin gibt es keinen. Und als hätte man das sehr deutliche Volks-Ja zur Energiestrategie 2050 und zum Atomausstieg verpasst, lesen wir stattdessen von Kernkraftwerken der vierten Generation, sogenannten Kugelhaufenreaktoren. Es kommt einem vor, als hätte es die Ratsdebatte über den Bericht 2013 gar nie gegeben. Die Fraktionen, die damals den Bericht zurückgewiesen hatten, unter ihnen auch die CVP und die EVP, sie müssen es heute wieder tun.

Ebenso fehlen im Bericht klare und verbindliche Aussagen dazu, wie wir im Kanton Zürich die Energiewende und den Ausstieg aus den fossilen Energien schaffen wollen. Mittlerweile ist es bei allen angekommen, dass das kantonale Senkungsziel von 2,2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr nicht mit den Zielen des Pariser Klimavertrags übereinstimmt. Um das Ziel einer maximalen Erderwärmung von 1,5 Grad Celsius einzuhalten, muss der CO₂-Ausstoss auf netto null gesenkt werden. Wir haben ein sehr grosses CO₂-Senkungspotenzial im Gebäudebereich. Bei den Neubauten funktioniert das inzwischen bestens, da kommen wir tatsächlich langsam gegen null. Das Problem sind die Altbauten, und da werden immer noch zwei Drittel der fossilbetriebenen Heizungen durch neue fossilbetriebene Heizungen ersetzt. Damit müssen wir Schluss machen. Wir brauchen im Kanton Zürich einen klaren Plan zum Ausstieg aus den fossilen Energien im Gebäudebereich, einen Plan, wie ihn zum Beispiel die REDEM-Initiative (*Einzelinitiative KR-Nr. 222/2015*) von Niklaus Haller vorgelegt hat. Mit ihrem zeitlich gestuften CO₂-Senkungsmodell ist die REDEM-Initiative äusserst klug und umsichtig formuliert und gewährt den Liegenschaftsbesitzern einen Planungshorizont von 25 Jahren, um ihre Öl- und Gasheizungen zu ersetzen. Im Energieplanungsbericht heisst es ja schwarz auf weiss, dass sich der Bedarf an Raumwärme und Warmwasser in

Zukunft eigentlich zu 100 Prozent aus lokalen erneuerbaren Energien decken lassen würde. Man muss es also tun, warum beschreiten wir nicht den Weg dorthin? Noch bedenklicher steht es im Bericht um den Bereich des Verkehrs, der heute bereits 50 Prozent des CO₂-Ausstosses produziert – Tendenz steigend. Immerhin bestätigt der Bericht, dass auch der Verkehr seinen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten müsse, viel mehr aber nicht. Es kann doch nicht sein, dass immer mehr Liegenschaftsbesitzer und Bauherrinnen und Bauherren ihren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten, während auf den Strassen das durchschnittliche Gewicht der Autos und die Motorenleistung Jahr für Jahr zunehmen. Als verkehrsreichster Kanton muss der Kanton Zürich seine Interessen auch punkto Fahrzeuge anmelden, und dies zwar beim Bund. Dagegen hebt die alte Regierung hervor, dass man sieben neue Elektroautos in der Verwaltung hatte. Ja, das steht im Bericht. Hand aufs Herz, das ist doch einfach lächerlich. Es ist offensichtlich: Dieser Bericht war schon veraltet, als er gedruckt wurde. Man hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Dasselbe, wenn es um den CO₂-Ausstoss des Flugverkehrs geht. Es ist ja mittlerweile Konsens, dass Flugtickets zu billig sind und nicht der Kostenwahrheit entsprechen, aus dem einfachen Grund, weil sie steuerlich subventioniert sind. Nicht einmal die Mehrwertsteuer wird auf Flugtickets erhoben, geschweige denn eine CO₂-Abgabe oder die längst fällige Treibstoffsteuer auf internationalen Flügen.

Kurz: Der vorliegende Energieplanungsbericht ist mutlos und zögerlich. Doch angesichts der drohenden Klimakrise ist Abwarten das schlechteste Rezept. Wir verlangen deshalb von der Regierung eine Anpassung des kantonalen CO₂-Ziels ans 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Und wir verlangen klare Aussagen zu CO₂-Reduktionsmassnahmen in den einzelnen Bereichen – Gebäude, Verkehr, Energieproduktion. Ebenso können wir Grüne nicht akzeptieren, dass der Bericht keine Ziele bezüglich Atomausstieg enthält, obwohl dies 2014 im letzten Bericht von der Ratsmehrheit gefordert worden ist. Deshalb weisen wir den Bericht zur Überarbeitung zurück. Wir sind zuversichtlich, dass die neue Regierung uns einen zeitgemässen Bericht vorlegen wird, der den Erfordernissen der Gegenwart entspricht. Ich danke Ihnen.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Kommen wir zur Sache: Wie der Regierungsrat einleitend zur Vorlage beschreibt, geht es beim Energieplanungsbericht um eine reine Berichterstattung nach Paragraf 4 des Energiegesetzes. Explizit geht es nicht um konkrete Massnahmen, sondern um eine Standortbestimmung. Diese ist aus Sicht der SVP mit dem vorliegenden Bericht in genügender Tiefe erfolgt. Bereits im ersten Satz des Berichts wird darauf hingewiesen, dass der Bedarf an Treibstoffen und Strom nicht weiter angestiegen ist, obwohl die Kantonsbevölkerung wächst. Das ist bemerkenswert und zeigt die beachtlichen Fortschritte, so namentlich im Gebäudebereich, der letzten Dekaden deutlich auf. In den letzten 40 Jahren konnte der Energiebedarf der Bauten auf einen Viertel reduziert werden. Und Herr Neukom (*Regierungsrat Martin Neukom*), auch bei den Altbauten, beim Gebäudebestand an Altbauten. Selbstverständlich ist es wesentlich aufwendiger, eine Nachrüstung vorzunehmen. Es gibt auch viele Lösungen, mit denen es schwierig

wird, die fossile Heizung vollständig zu substituieren. Aber bei allen Renovierungen und Nachrüstungen haben Sie massive Effizienzgewinne, auch wenn ein Teil der Heizenergie noch fossil beigetragen wird. Differenzierter ist der Bericht bei der Mobilität. Ein hervorragendes öffentliches Verkehrsangebot, laufende Effizienzsteigerungen im modernen Fahrzeugbau sowie alternative Antriebe führen zu einer wesentlich besseren Energiebilanz. Doch durch den wachsenden Bedarf, sprich Bevölkerungswachstum auch durch die Zuwanderung, steigt die Verkehrsleistung stetig an, was sowohl den Energiebedarf wie auch die Kapazitäten der Infrastrukturen stark belastet. Insgesamt darf aber auch einmal gesagt sein: Die Schweiz und der Kanton Zürich sind gut unterwegs. Würden unsere Massstäbe global angesetzt, die Klimadebatte würde, wenn überhaupt, wesentlich entspannter geführt.

Nebst den erreichten Verbesserungen in der Energieeffizienz werden im Bericht auch die bestehenden und künftigen Handlungsfelder und Herausforderungen aufgezeigt. Er ist damit gut geeignet, um die nächsten Schritte zu priorisieren und Massnahmen einzuleiten. Diese müssen jedoch demokratisch legitimiert in die entsprechenden Gesetzgebungen einfliessen und können nicht in einem Bericht angeordnet werden. Der grün-grünliberalen KEVU-Minderheit der alten Legislatur – wir haben es soeben gehört – genügt dies nicht. Erneut wird die Ablehnung des Berichts beantragt. Ja, genau, zehn Redner haben wir (*auf der Rednerliste*), wir werden wieder eine mehr oder weniger ausufernde Klima- und Energiedebatte erleben, Herr Forrer hat es vorgemacht mit vollem Engagement, er hat sich schon während des ganzen Wochenendes auf heute gefreut. Wir können uns hier also wieder die Energiedebatte um die Ohren hauen. Erreicht wird mit dieser Ablehnung aber einfach rein gar nichts ausser einem weiteren Beitrag zur Symbolpolitik der Klimapaniker. Diese Diskussion sollte vielmehr im Rahmen einer eigentlichen Energiestrategiedebatte geführt werden. Das wäre gar nicht so falsch, bedingt jedoch die Anpassung der Vorgehensweise. Aus diesem Grund steht in der Kommission die Anpassung der PI Bloch im Vordergrund, mit welcher künftig eine kantonale Energiestrategie vom Kantonsrat beraten würde und der Bericht, wie vorgesehen, ein Berichtsinstrument bleiben würde. Nehmen Sie auch diese Bemühungen zur Kenntnis. Warten Sie das Ergebnis ab und sparen Sie sich die grosse Energiedebatte für die Strategiediskussion auf.

Die SVP genehmigt den Energieplanungsbericht 2017.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Ein Abwesender fehlt hier im Raum: Markus Kägi (*Altregierungsrat*). Denn von ihm und von seiner Verwaltung stammt dieser Bericht, und auch wir sind inzwischen zur Überzeugung gelangt: Der Bericht ist ungenügend. Die neuen Mehrheiten in der Bevölkerung und im Rat geben uns eine Chance zur Wiederholung, geben uns eine Chance, um einen echten Energieplanungsbericht zu machen, der unsere Meinung und unsere Stimmung wiedergibt. Darum verweigern wir heute die Zustimmung, obwohl wir in der Kommission den Bericht noch knapp als genügend taxiert hatten. Wir haben uns dort auch des-

halb nicht ins Lager der Verweigerer geschlagen, weil wir immer noch nicht wissen, was passiert bei einer Verweigerung. Die parlamentarische Initiative von Beat Bloch ist immer noch in der KEVU pendent, und wir wissen gar nicht, was jetzt passieren wird. Aber dennoch, wir geben Martin Neukom den Auftrag: Mach es besser! Dieser Bericht ist klar zu wenig, zu langsam, zu zaghaft, so passiert nichts.

Aber ich habe auch ein paar gute Seiten im Bericht gefunden, die ich hier durchaus erwähnen will und die auch in einem neuen Bericht durchaus Bestand haben sollten. Es ist richtig, die Regierung akzeptiert die Energiestrategie des Bundes als Richtschnur. Das ist auch unsere Richtschnur, doch auch sie ist unter Umständen zu langsam. Die Regierung sagt: Wir haben ein System von drei «D», von Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung. Das ist korrekt, das unterstützen wir. Aber dieser Bericht orientiert sich am 2,2-Tonnen-Ziel CO₂ im Energiegesetz. Das reicht nicht. Wir haben inzwischen einen IPCC-Bericht (*Intergovernmental Panel on Climate Change*), der sagt, wir müssten auf netto null runter. Ich bin froh, dass auch die nationale FDP das erkannt hat, und ich hoffe, dass wir im Kanton Zürich jetzt auch wirklich in diese Richtung gehen.

Neben Markus Kägi gibt es einen zweiten Abwesenden in diesem Bericht oder in diesem Rat überhaupt, das sind die MuKE (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*). Auf die Mustergesetze der Kantone für den Energiebereich warten wir schon viel, viel zu lange, und so wird im Kanton Zürich auch bei den Gebäuden eigentlich nichts passieren. Und hier ist genau das relevante Handlungsfeld des Kantons. Wir fordern hier schnell eine Vorlage aus der Baudirektion und dann eine konzentrierte Beratung in der KEVU. Denn wir wollen diese Punkte, die der Bund ausgearbeitet hat, übernehmen. Und wir wollen auch weitergehen, als dies die Vernehmlassung der alten Regierung ergeben hat. Wir werden da ganz sicher unsere Forderungen stellen und auch hier im Rat dann diskutieren.

Sie kennen mich, die Mobilität liegt mir am Herzen. Die Mobilität ist in diesem Bericht einfach ungenügend abgehandelt. So passiert hier nichts. Wir verlangen weiterhin, dass Verkehr erstens vermieden, zweitens verlagert und drittens verbessert wird, und das ist in dieser Reihenfolge zu sehen. Wir wollen eine stärkere Verdichtung, mehr Nähe, um kürzere Wege zu erreichen, um Verkehr zu vermeiden. Wir wollen mehr ÖV, bessere Infrastrukturen für Fuss- und Veloverkehr, um den Verkehr zu verlagern. Und ja, wir unterstützen auch die Elektromobilität für den übrigbleibenden Verkehr, und das nennen wir dann «Verbessern». Was mir ganz wichtig ist, sind auf Seite 7 die Zonen für den Mindestanteil der erneuerbaren Energien. Diese Änderung des PBG (*Planungs- und Baugesetz*) Paragraf 78a, da warten wir noch immer auf die Verordnung, und ohne diese Verordnung können die Gemeinden nicht richtig anfangen. Bitte, Herr Baudirektor, machen Sie hier vorwärts.

Beim globalen Verbrauch und bei der Fliegerei habe ich den Eindruck, dass die Regierung die Hände in den Schoss legt und einfach wartet, bis alles von selbst

passiert. In meiner Betrachtungsweise warten wir seit 1972 in Eigenverantwortung, dass sich die Welt verbessert. Seit dem Bericht des Club of Rome predigen wir Eigenverantwortung und zeigen immer wieder auf die anderen und sagen «Er macht das richtig, du machst es falsch, ich mache es richtig». So funktioniert das nicht, wir haben ein gesellschaftliches Problem. Dieses gesellschaftliche Problem muss die Politik lösen, das sind wir, das sind Regierung und Legislative. Fangen wir an! Der Markt hat versagt, wir dürfen nicht weiter hoffen, dass die Marktkräfte doch plötzlich richtig spielen. Wir müssen hier wirklich anfangen.

Ein wichtiger Weg sind Lenkungsabgaben, und Lenkungsabgaben dürfen durchaus auch staatsneutral sein. Ich will damit nicht mehr Geld verdienen, aber ich will das Geld effizienter rückverteilen. Damit haben wir nämlich auch ein echt linkes Anliegen verwirklicht, wenn wir dieses Geld sauber zurückverteilen.

Ein Energieplanungsbericht ist immer zweiteilig: Es ist eine Standortbestimmung, die zeigt, wo wir stehen, aber es ist eben auch ein Ausblick. Und dieser Ausblick muss progressiv sein, der muss sich ändern. Denn dieser Ausblick ist auch Richtschnur für die Verwaltung und für die Gemeinden, wie sie arbeiten sollen. Und das muss so sein, damit wir mit der Klimakrise zurechtkommen. Lieber Martin Neukom, bitte mach es besser, mach einen richtigen Bericht. Wir geben dir den Auftrag. Danke.

Christian Schucan (Uetikon a. S.): Die Funktion des Berichts ist primär ein Rückblick, eine Standortbestimmung. Eine Ablehnung wäre dann statthaft, wenn der Bericht lausig daherkäme oder der Regierungsrat den gesetzlichen Vorgaben nicht nachgekommen wäre. Vorweg: Dies ist nicht der Fall.

Gehen wir ein bisschen in die Details: Von den rund 150 Petawattstunden weltweit verbrauchter Energie sind über 80 Prozent fossil, also basierend auf Kohle, Erdgas oder Erdöl. Auch der im Ausland produzierte Strom basiert zu einem bedeutenden Teil auf fossiler Energie. Entsprechend hoch ist die Herausforderung, hier eine relevante Veränderung herbeizuführen. Am meisten Energie und damit auch den grössten CO₂-Ausstoss haben bevölkerungsreiche Länder mit Schwerindustrie. In der Schweiz werden rund 250 Terawattstunden verbraucht, im weltweiten Vergleich also kein relevanter Anteil. Darin ist allerdings nicht die Energie enthalten, welche für die Produktion von importierten Gütern im Ausland eingesetzt wurde. Der damit verbundene CO₂-Ausstoss ist fast doppelt so hoch wie der inländische Ausstoss pro Person. Somit darf in Überlegungen zur CO₂-Reduktion der Ausstoss im Ausland nicht ausser Acht gelassen werden, das heisst zum Beispiel eine CO₂-Kompensation im Ausland wäre ein durchaus wirkungsvolles Instrument.

Im Schweizer Energiemix werden zwei Drittel des Energiebedarfs aus fossiler Energie gewonnen. Wir stehen somit hier besser da als im weltweiten Vergleich. Elektrische Energie spielt eine deutlich grössere Rolle in der Schweiz als im weltweiten Energiemix. Zudem ist die Schweiz ein Sonderfall, indem die inländische Stromproduktion nicht auf fossiler Energie aufbaut. Dies zeigt aber auch, wie

wichtig die Versorgungssicherheit im Stromnetz ist. Der Verzicht in der Stromproduktion auf Kernenergie gemäss Energiestrategie 2050 bedeutet, dass bereits nur zur Deckung des bestehenden Strombedarfs erhebliche Anstrengungen notwendig sind. Daher ist die Tatsache, dass die ungeplanten Stromunterbrüche im Kanton Zürich zunehmen, mit Sorge zu beachten.

Die CO₂-Emissionen im Kanton Zürich gehen zurück. Bei einer Sektorbetrachtung sieht man, dass sich der CO₂-Ausstoss in den Bereichen Gebäuden und Wirtschaft deutlich reduziert hat, hingegen der CO₂-Ausstoss beim Verkehr stagniert. Nun könnte man auf die Idee kommen, dieses Problem mit Elektromobilität zu lösen. Die Frage, die sich dann allerdings stellt, ist die Frage, woher der Strom dafür kommen soll, wenn wir schon mit der Deckung des bestehenden Strombedarfs grosse Herausforderungen meistern müssen. Mit dem Umbau der Wärmeversorgung auf Wärmepumpen wird auch zunehmend Strom benötigt, typischerweise im Winter als Spitzen während Kältetagen, wenn die Stromversorgung jeweils kritisch wird.

Wie sieht nun die Bilanz aus? Der Kanton Zürich ist auf dem Zielpfad im Hinblick auf die Ziele der Energiestrategie 2050 des Bundes und im Hinblick auf das kantonale Ziel von 2,2 Tonnen im Jahr 2050. Die von Felix Hoesch vorher geforderten Massnahmen zur Verdichtung, Verlagerung als Schwerpunkte sind durchaus im Bericht enthalten. Der Auftrag ist also erfüllt. Wenn man nun der Meinung ist, dass mehr Anstrengungen nötig sind, dann sind die Ziele anzupassen, so wie das Christian Lucek bereits erwähnt hat, wie es auch eine parlamentarische Initiative zur Anpassung des CO₂-Ziels des Kantons bis 2050 vorsieht. Bei den Vorgaben sind die vorgängig dargestellten Bedenken zur Versorgungssicherheit allerdings unbedingt zu berücksichtigen. Ich möchte keinen Blackout erleben. Zudem soll man den Regierungsrat an dem messen, was er beeinflussen kann, und nicht an übergeordnet zu regelnden Themen. Ich erwähne hier das Stichwort «Kerosinsteuer».

Die FDP wird dem Energieplanungsbericht mit Überzeugung zustimmen.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Der Kantonsrat hat den letzten Energieplanungsbericht 2013 nicht genehmigt, unter anderem, weil der Regierungsrat immer noch auf die Kernenergie setzte. In der Neuauflage ist die damals kritisierte Grafik verschwunden. Aussagen zur Kernenergie werden aber so weit wie möglich vermieden. Es gibt eine Aussage, dass bis zu Kernkraftwerken der vierten Generation – Zitat – «Jahrzehnte vergehen werden». Eine alternative, zeitnahe und realisierbare Planung ist aber nicht auszumachen. Insgesamt bildet der Energieplanungsbericht 2017 ein «Weiter-wie-bisher» ab. Mögliche Zukunftstechnologien werden angesprochen, aber ohne konkrete Aussagen dazu, auch nicht, was der Kanton Zürich zu deren Förderung unternehmen könnte. Damit ist der Energieplanungsbericht immerhin konsistent zu den Taten der Regierung, die mit einer minimalen Vorlage zur Umsetzung der MuKEN und ebenso minimalem Förderprogramm auffällt. Das heisst: Der Energieplanungsbericht könnte im Sinne eines Tätigkeitsberichts genehmigt werden, in diesem Punkt gebe ich Christian Schucan recht.

Die Grünliberalen wollen aber mehr. Das Zürcher Volk will mehr, wie die Abstimmung zur Energiestrategie 2050 gezeigt hat. Und seit der Verabschiedung des Antrags der KEVU vor fast genau einem Jahr zeigen uns auch viele engagierte Jugendliche (*bei den Klimademonstrationen*), dass sie mehr wollen, viel mehr.

Die Mobilität wird im Bericht zwar als grosser Energieverbraucher und CO₂-Emittent erkannt, Christian Lucek hat den Bericht zum Thema «Mobilität» sogar gelobt. Ich kann mich diesem Urteil aber nicht anschliessen. Griffige Massnahmen oder neue Ideen fehlen nämlich gänzlich. Das Thema «Mobility Pricing» wurde nicht einmal erwähnt, Kostenwahrheit durch Einpreisung negativer Externalitäten der Mobilität – Fehlanzeige. Im Gebäudebereich zeigt der Energieplanungsbericht eine Entwicklung des Energieverbrauchs bei Neubauten auf, die durchaus erfreulich ist. Von Thomas Forrer haben Sie aber schon gehört: Das Problem sind die Altbauten. Dort kommt zum grössten Teil bei Heizungserneuerung immer noch eine fossile Heizung zur Anwendung. Und die Gebäudesanierungsrate verharrt auf tiefem 1 Prozent. Strategien und Ansätze für eine raschere Senkung von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen fehlen im Bericht gänzlich. Ja, mit dem Rahmenkredit Energie hat der Kantonsrat im letzten Oktober auf Antrag der Baudirektion sogar die Fördergelder gesenkt, die im Kanton Zürich insgesamt für Sanierungen zur Verfügung stehen. Gelder für Pilotprojekte wurden in homöopathischer Dosis gesprochen.

Aber ich will jetzt nicht länger auf den Inhalt des Energieplanungsberichts in der vorliegenden Form eingehen, sein Wert ist aus meiner Sicht beschränkt. Altregierungsrat Markus Kägi stellte sich jeweils stur auf den Standpunkt, dass der Bericht eine rückwärts gerichtete Berichterstattung über die Tätigkeit des Regierungsrates sei und kaum etwas mit einer Planung zu tun habe. Interessant wird ja noch sein, wie sich der neue Baudirektor dazu stellt.

Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass wir nicht einen rückwärts gerichteten Bericht genehmigen oder nicht genehmigen wollen, sondern eine vorwärts gerichtete Planung. Der Zwittername «Energieplanungsbericht» ist ja eher hinderlich, das sich jede Partei rauspickt, was ihr gefällt. Verschiedentlich haben es Vorredner schon erwähnt: Um die Forderung nach einem vermehrten Mitbestimmungsrecht des Kantonsrates in der strategischen Ausrichtung der Energieplanung gesetzlich zu verankern, laufen Verhandlungen in der KEVU für eine Gesetzesänderung im Rahmen der PI Bloch. Dort werden wir Grünliberale uns einbringen für eine zukunftsgerichtete Planung der kantonalen Energiestrategie. Den vorliegenden Bericht können wir so nicht genehmigen.

David Galeuchet (Grüne, Bülach): Wir wollen einen Energieplanungsbericht, der seines Namens auch würdig ist. Der Regierungsrat erstattet Bericht und schlägt uns darin ein «Weiter-wie-bisher» vor. Mit der reinen Berichterstattung, wie sie sich Herr Lucek und Herr Schucan wünschen, handelt er korrekt nach dem Paragraphen 4 des Energiegesetzes. Die Kompetenz für die Planung im Energiebereich liegt beim Regierungsrat. Deshalb darf der Kantonsrat erwarten, dass der Regierungsrat auch diese Planung ernst nimmt und sich messbare Zwischenziele auf

seinem Weg bis 2050 setzt, ein «Weiter-wie-bisher» reicht nicht aus. Dies erwähnte der Regierungsrat auch im Umweltbericht, Seite 28: Verstärkte Anstrengungen sind aber nötig, um den Treibhausgas-Ausstoss weiter zu senken.

Mit der Unterzeichnung des Klimaabkommens in Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, bis Mitte des Jahrhunderts netto null Emissionen zu erreichen. Diese vollständige Dekarbonisierung ist weder in Bundesbern – siehe CO₂-Gesetz –, geschweige denn in Zürich angekommen. Der Regierungsrat beharrt auf den 2010 im Energiegesetz festgelegten 2,2-Tonnen- CO₂-Ausstoss pro Kopf, ohne die neuen Grundlagen auch nur zu erwähnen. Heute importiert die Schweiz 80 Prozent der Energieträger, 10 bis 16 Milliarden Schweizer Franken fliessen pro Jahr für fossile Energieträger aus der Schweiz in mehrheitlich diktatorische Staaten ab. Oft sind diese Staaten auch Konfliktherde. Dieses Geld soll hier bleiben und zur Erneuerung unseres Energiesystems und zu einer grösseren Unabhängigkeit im Energiebereich führen. Es ist an der Zeit, die Effizienz im Gebäudebereich weiter zu erhöhen und verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen. So würde der Grossteil der Wertschöpfung in der Schweiz anfallen und Arbeitsplätze beim Gewerbe generieren.

Der Regierungsrat zeigt auf, dass im Gebäudebereich, dort, wo der kantonale Hebel am grössten ist, Erfolge zu verzeichnen sind. Leider muss auch bei den Gebäudesanierungen das Tempo um Faktor zwei bis drei gesteigert werden. Seit 2010 sinken aber die dafür ausgegebenen Mittel der Kantone, was die Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme von 2016 aufzeigt: Mit 4.70 Franken pro Einwohner liegt der Kanton Zürich an siebtletzter Stelle. Basel-Stadt gibt fast acht Mal mehr pro Bürger aus, der Kanton Thurgau, auch bürgerlich geprägt, sechs Mal mehr als der Kanton Zürich. Jeder ausgegebene Franken im Förderprogramm wird durch mehrere Franken aus der CO₂-Teilbindung durch den Bund vermehrt. Dadurch, dass der Regierungsrat diese Gelder nicht einsetzt, unterschlägt er dem Gewerbe im Kanton Zürich mehrere Millionen Franken pro Jahr, welche durch die Umsetzung von Sanierungen hätten generiert werden können.

Der Regierungsrat muss seine Ziele im Energiebereich überdenken und weiter als bis zum Tellerrand schauen. Wir können nicht Visionen nachleben, welche schon längst überholt sind und internationalen Verträgen widersprechen. Deshalb lehnt die Grüne Fraktion diesen Bericht ab.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Wir danken dem Regierungsrat für den ausführlichen und aufschlussreichen Energieplanungsbericht 2017. Er zeigt auf, dass einige Erfolge erzielt werden konnten, aber genauso sehen wir, in welchen Bereichen deutlich Handlungsbedarf besteht. Da die CVP in der vergangenen Legislatur nicht in der KEVU vertreten war, sind Sie sicher alle gespannt, ob wir den 2017er-Bericht genehmigen werden oder nicht. Schliesslich war es beim Energieplanungsbericht 2013 mein Antrag, welcher zur Rückweisung geführt hat. Auch wenn es die Medien oft nicht wahrnehmen, die CVP nimmt die Klimapolitik ernst, und das nicht erst seit gestern. Dank der CVP wurde 1971 der Umweltartikel in der Bundesver-

fassung verankert und der Atomausstieg endgültig beschlossen. Die Energiestrategie 2050 wurde vom Volk klar bestätigt, und diesen eingeschlagenen Weg wollen wir fortsetzen. Mit einer Nichtgenehmigung des Berichts erreichen wir aber gar nichts. Daher wird die CVP anders, als von Thomas Forrer erwartet, den Minderheitsantrag ablehnen und den Bericht genehmigen. Jetzt heisst es, nach vorne zu schauen.

Im Bereich «Gebäude» sind wir ziemlich gut unterwegs, aber genau hier, beim Gebäudeprogramm, hätte der Kanton Zürich die grössten Steuerungsmöglichkeiten. Mit den MuKE 2014, also der Anpassung der kantonalen Energievorschriften an die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, könnten einerseits die Energie-Effizienz und andererseits der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert werden. Da gebe ich Felix Hoesch absolut recht, hier warten wir schon viel zu lange. Die Reduktion der fossilen Energieträger ist zwingend. Das kann aber nur mit einer Vielfalt an Massnahmen erreicht werden. Wir hoffen, dass in den MuKE unsere Forderung aufgenommen wird, dass Biogas als erneuerbare Energie anerkannt wird. Das Potenzial der Biomasse ist längst nicht ausgeschöpft und gemäss einer Studie des BAFU (*Bundesamt für Umwelt*) vergären durchschnittlich 32 Prozent Biomasse in einem Kehrichtsack, also jährlich 1 Million Tonnen Siedlungsabfälle, die nicht genutzt werden. Gerade im Bereich von Altbauten wäre eine Umstellung von Erdgas auf Biogas eine schnelle und kostenverträgliche Alternative. Denn nicht jeder Hausbesitzer kann sich ein grosses Umbauprojekt leisten. Öl- und Gasheizungen zu verbieten, ist eben daher aus CVP-Sicht nicht die richtige Lösung. Vielleicht brauchen wir nämlich die Gasleitungen noch, wenn im Bereich «Power to Gaz» Fortschritte gemacht werden. Wir müssen also auch Massnahmen prüfen, welche vom Mittelstand bezahlt werden können; das eine tun, das andere nicht lassen. Im Bereich Gebäude liegt also sicher noch viel Potenzial, das es auszuschöpfen gilt. Zumindest in diesem Punkt gebe ich Thomas Forrer recht.

Im Bereich der Mobilität sieht es schlechter aus. Mobilität bedeutet Lebensqualität – und da will nun mal niemand verzichten. Aber die Handlungsmöglichkeiten des Kantons Zürich sind in diesem Bereich relativ beschränkt. Der eingeschlagene Kurs, Siedlungen in Abstimmung mit der Verkehrsplanung nach innen zu verdichten, ist auf jeden Fall weiterzuführen.

Vielversprechend ist auch die Entwicklung in der Elektromobilität. Diese benötigt aber wieder zusätzlich Strom und dieser sollte selbstverständlich ebenfalls erneuerbar sein. Die Nachfrage nach Strom wird also voraussichtlich nicht abnehmen. Darum sind Anreize nötig, um in nachhaltigen und vor allem einheimischen Wasser-, Solar- und Windstrom zu investieren und die hiesige Wirtschaft zu stärken. Und wenn wir endlich das GNU, das Gesetz über die Nutzung des Untergrundes, in Kraft haben – das dauert auch schon einige Jahre –, wer weiss, vielleicht geht dann auch in Richtung der Geothermie etwas. Und nicht vergessen dürfen wir natürlich die Stromnetze, welche auf neue Möglichkeiten der Smart-Grid-Technologie umgerüstet werden müssen.

Der Energieplanungsbericht 2017 zeigt: Der Kanton Zürich ist auf einem guten Weg, aber der Weg bis zum Ziel 2050 ist noch lang und weit. Wissen Sie, was ich meinen Kindern sage, wenn wir am Wandern sind, die Zeit voranschreitet, das Ziel aber noch nicht in Sicht ist? Ich sage: Jetzt müssen wir einen Zacken zulegen. Die CVP genehmigt den Bericht. Und Baudirektor Martin Neukom soll sich, statt den Bericht 2017 zu korrigieren, besser auf den Energieplanungsbericht 2021 konzentrieren – der kommt nämlich schneller, als man denkt – und das ist aus Sicht der CVP viel zielführender. Wir, die CVP, freuen uns darauf, dass wir nun wieder in der KEVU vertreten sind und uns wieder aktiv, vor allem bei der Umsetzung der MuKE n 2014, einbringen zu können. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Unser Ratsbetrieb weist mitunter eine Dynamik auf, die manchmal selbst noch von Tieren im Winterschlaf übertroffen wird (*Heiterkeit*). Auf der Suche nach einer Analogie für unsere diesbezüglich nicht gerade übertriebene Hektik stiess ich darum auf Bertie. Bertie heisst jene Schildkröte, die sich bei einem Rennen in England mit 0,28 Metern pro Sekunde einen Eintrag ins Guinnessbuch der Rekorde ergattert hat.

Drei Jahre nach diesem historischen Ereignis erschien dann der Energieplanungsbericht 2017. Berichte sind Geschichte, aber bei diesem hier sollten ja gemäss Paragraf 4 des Energiegesetzes auch Aussagen über die zukünftige Energieplanung gemacht werden. 2019, genauer gesagt heute, müssen wir uns allerdings fragen, ob wir es hier immer noch mit einem zukunftsweisenden Papier zu tun haben oder ob wir mit einer solchen Grundlage wichtige Weichenstellungen in der Energiepolitik verschlafen werden. Diese Befürchtung taucht auf, wenn ich an folgende Themenbereiche dieses Energieplanungsberichtes denke:

Der erste betrifft die Altbauten – sie wurden mehrfach genannt – in unserem Kanton, denn diese verbrauchen immer noch einen Löwenanteil der Energie und verantworten rund 40 Prozent des CO₂-Ausstosses. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, muss leider konstatiert werden, dass bei Umbauten nur etwa 30 Prozent der Eigentümer von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien wechseln. Wollen wir beim Klimaschutz kein Schildkrötentempo vorlegen, müssen wir beim Ersatz von Heizsystemen klarere Vorgaben haben und die Anreize für Erneuerungsmassnahmen bei Gebäudehüllen erhöhen.

Der zweite Themenbereich betrifft – wie könnte es anders sein – die Mobilität, mit etwa 30 Prozent Energieverbrauch und ebenfalls hohem CO₂-Ausstoss eine weitere Grossbaustelle. Wir anerkennen zwar, dass die Mobilitätsbedürfnisse mit verschiedenen Verkehrsträgern abgedeckt werden müssen. Aber wir sind auch der Meinung, dass die Steigerung des ÖV-Anteils am Modalsplit von heute 30 Prozent auf die angestrebten 40 Prozent noch schneller und stärker vorangetrieben werden muss. Zudem können wir nicht nachvollziehen, warum das Potenzial des Fuss- und Veloverkehrs so stiefmütterlich behandelt wird, obwohl die Gelder für Verbesserungen dafür bereit lägen.

Die Dringlichkeit von konkreten Klimaschutzmassnahmen hat einen direkten Zusammenhang mit den Aussagen in diesem Energieplanungsbericht. Nochmals erinnere ich daran, dass dieser nicht nur eine reine Beschreibung des Ist-Zustandes darstellt, sondern auch gemäss Energiegesetz die Entscheidungsgrundlage für Massnahmen der Raumplanung, Projektierung von Anlagen und Fördermassnahmen darstellt – sowohl für den Kanton als auch für die Gemeinden.

Wenn es uns nicht gelingt, uns von vagen, müden und damit folgenlosen Bekenntnissen zu verabschieden, werden wir eines der wichtigsten Rennen verlieren, das Rennen nämlich gegen die Folgen eines ungebremsten Klimawandels. Dieser ist nun mal real und lässt weder für Bertie noch für uns an zukünftigen Winterschlaf denken.

Der Energieplanungsbericht 2017 in der vorliegenden Form bringt uns jedenfalls nicht wirklich weiter. Daher erwartet die EVP vom Regierungsrat, dass dieser griffigere und konkretere Ziele zu unserer Energiezukunft definiert; nicht um in irgendein Buch der Rekorde zu kommen, sondern um der Verantwortung gerecht zu werden, die wir für unsere Kinder und Enkel tragen.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Der Kanton Zürich hat etwas Besseres verdient als das, was uns im Energieplanungsbericht 2017 präsentiert wird. Bereits vor vier Jahren gab es einen Rückweisungsantrag von Grünen, SP und GLP. Der Energieplanungsbericht 2013 sei zu wenig ehrgeizig in seinen Zielen und werde der aktuellen Situation im Energiebereich nicht gerecht, so die Meinung von Links-Grün von damals. Dieselbe Kritik lässt sich auch auf den Energieplanungsbericht 2017 übertragen. Dies möchte ich anhand einiger ausgewählter Beispiele aufzeigen:

Wie die aktuelle Klimadebatte zeigt, ist es wichtig, den CO₂-Ausstoss so schnell wie möglich zu senken. Aktuell beträgt er im Kanton Zürich pro Kopf 4,5 Tonnen. Der Gemeinderat der Stadt Zürich hat erst kürzlich beschlossen, den CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2030 auf null zu reduzieren. Der Bund hat zum Ziel, den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf 1 Tonne pro Kopf zu reduzieren. Und welche Ziele hat der Kanton Zürich? Er begnügt sich mit einer Reduktion auf 2,2 Tonnen bis ins Jahr 2050. Das ist nicht sehr ambitiös, um es nett zu sagen. Ich bin überzeugt, würde der Kanton alle kreativen und innovativen Kräfte bündeln, wäre er in der Lage, sich fortschrittlichere Ziele zu setzen und diese auch zu erreichen. Aber dazu braucht es auch den Mut, die Wachstumspolitik zu stoppen oder in eine komplett andere Richtung umzuleiten. Es wäre meiner Meinung nach an der Zeit, einen runden Tisch einzuberufen, der zum Ziel hat, die besten Ideen für eine Reduzierung des CO₂-Ausstosses zu diskutieren und aufzuzeigen, wie sie umgesetzt werden können.

Bereits heute gehört der Verkehr auf der Strasse und in der Luft zu den grossen Luftverschmutzern. Rund ein Drittel bis die Hälfte, je nach Berechnungsart, der CO₂-Emissionen wird heute durch den Verkehr verursacht. Wie der Regierungsrat im Energiebericht schreibt, wird der Verkehr künftig fast das Dreifache des CO₂-Ausstosses der Gebäude ausmachen. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Bei

den Gebäuden ist der Kanton gewillt, seine Steuerungsmöglichkeiten wahrzunehmen und vorwärts zu machen. Beim Verkehr ist er hingegen nicht gewillt, minimalste Vorgaben zur Steuerung beziehungsweise zur Eindämmung des Verkehrs zu machen. Seit Jahren predigt der Regierungsrat die immer gleichen Standardsätze: Die Siedlungs- und Verkehrsplanung aufeinander abstimmen, das ÖV-Angebot optimieren und die Infrastruktur für Fuss- und Veloverkehr verbessern. Leider passiert seit Jahren nichts. Hingegen werden die Strasseninfrastruktur und der Flughafen stetig ausgebaut. Die Politik des Regierungsrates lässt sich in diesem Bereich auf die kurze Formel bringen: Zuschauen und abwarten.

Und zum Schluss noch einige Worte zum Abschnitt zur Stromversorgung im Kanton Zürich: Dass in diesem Bereich ein dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt allein schon die Tatsache, dass im Kanton Zürich mit 9000 Gigawattstunden pro Jahr fast zehn Mal mehr Strom verbraucht wird, als er selber produziert. Statt aufzuzeigen, wie der hier verbrauchte Strom auch hier produziert werden könnte und wie erneuerbare Energien gefördert werden könnten, hält der Regierungsrat unmissverständlich fest, dass er bis 2050 weiterhin auf Atomkraftstrom setzt. Damit überholt er den Bund bei weitem, der bis spätestens 2035 aus der Atomkraft aussteigen will. Weiter sieht der Kanton das Heil einer sicheren Stromversorgung in einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Ob dieser Strom dann aus erneuerbarer Energie ist, entscheidet dann der göttliche Markt. Und dass eine solche Strategie alles andere als gut für die Versorgungssicherheit ist, zeigen uns Beispiele aus dem Ausland. Ganz sicher ist dabei: Für die Endverbraucher und Endverbraucherinnen wird es massiv teurer.

Aus diesen Gründen wird die Alternative Liste den Minderheitsantrag von Thomas Forrer unterstützen. Die Alternative Liste wird den Energieplanungsbericht 2017 nicht genehmigen. Der Regierungsrat soll diesen Bericht nochmals überarbeiten. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Ein paar Ratsmitglieder können sich vielleicht noch an die Debatte erinnern, als der letzte Energieplanungsbericht am 15. September 2014 beraten wurde. Der Rat hat – wir haben es schon gehört – den Bericht nicht genehmigt und ihn mit folgendem Antrag, der damals von der CVP eingebracht wurde, zurückgewiesen. Der Antrag, der eine Mehrheit erhielt, lautete damals, ich zitiere: «Der Energieplanungsbericht 2013 wird aus folgenden Gründen an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen: Über die AXPO ist der Kanton Zürich an vier der insgesamt fünf Schweizer Kernkraftwerken beteiligt. Der Energieplanungsbericht 2013 entspricht im Bereich der Atomenergie nur grundsätzlich der Stossrichtung des Bundesrates. Und im Gegensatz zum Bund setzt der Regierungsrat auf die Strategie «Fortschritt» und nicht auf Verzicht. Die Strategie des Regierungsrates muss klare Aussagen zum Ausstieg aus der Kernenergie enthalten. Es sind keine neuen Rahmenbedingungen für Kernkraftwerke zu erteilen, und zumindest die vier Kernkraftwerke mit Zürcher Beteiligung sind am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillgelegt.» Dieser Antrag hat eine Mehrheit im Rat gefunden. Wenn heute Herr Lucek sagt, dass er demokratische

Entscheidungen will, bevor man etwas ändert: Herr Lucek, der demokratische Entscheid ist 2014 in diesem Bereich gefallen. Wir brauchen also nicht noch zusätzliche demokratische Entscheide.

Nun, der damalige Baudirektor, Altregierungsrat Markus Kägi, hat in der Debatte vor rund fünfeneinhalb Jahren zu der sich abzeichnenden Rückweisung Folgendes gesagt: «Sie haben gesagt, wir müssen den Bericht überarbeiten. Sie werden nicht einen überarbeiteten Bericht erhalten, wenn Sie ihn ablehnen, sondern Sie werden einen neuen Bericht im Jahre 2017 erhalten.» Der versprochene überarbeitete Bericht liegt nun vor. Schon auf Seite 4 finden wir einen bemerkenswerten Satz: «Die Marktkräfte», so steht auf dieser Seite, «sind so weit als möglich spielen zu lassen, Vorgaben zu Technologien haben sich auf Sicherheits- und Umweltstandards zu beschränken.» Wenn die CVP gern hier einen Zacken zulegen will, dann freue ich mich. Aber ich frage mich schon, welche Zacken ihre Zahnräder noch haben, wenn Sie dem Bericht zustimmen, der grundsätzlich genau das Gegenteil von dem niederschreibt, was Sie 2014 gefordert haben. Eine klare Aussage zum Atomausstieg sieht wohl anders aus.

Auf Seite 9 beim Thema «Ausblick» – und hier noch etwas zu Herrn Schucan: Bei einer Standortberichterstattung habe ich eigentlich nicht das Gefühl, dass ein Ausblick nötig wäre, wenn man die Vergangenheit bewältigen will. Aber vielleicht sind Sie ja nicht bis zu Seite 8 des Energieplanungsberichts gekommen, denn der Planungsbericht sagt auch einiges über die Zukunft aus.

Auf Seite 9, beim Ausblick, führt der Regierungsrat aus, die Kernkraftwerke der vierten Generation seien massgebend. Was das hier in diesem Bericht zu suchen hat, wenn der Auftrag des Kantonsrates lautet, klare Aussagen zum Atomausstieg zu machen, ist nicht nur schleierhaft. Der Regierungsrat hat hier auch klar auftragswidrig gearbeitet. Auf der gleichen Seite sind die kantonalen Ziele aufgeführt, von Atomausstieg kein Wort. Beim Schwerpunkt auf Seite 13 werden aufgeführt: «Marktkräfte spielen lassen, Sicherheits- und Umweltstandards festlegen statt Technologieverbote» oder mit anderen Worten: Man will überhaupt keinen Ausstieg.

Daniel Sommer hat ebenfalls klar ausgeführt, dass dieser Bericht eben nicht nur eine Berichterstattung zuhanden des Kantonsrates ist, sondern dass daraus auch gesetzliche Verpflichtungen für weitere Gremien abzuleiten sind. Bei der Strategie für die AXPO hält der Regierungsrat fest, dass das Ziel, die langfristige wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, im Mittelpunkt steht; auch hier ist vom von der Mehrheit dieses Rates geforderten Atomausstieg kein Wort zu finden. Es ist schon, gelinde gesagt, erstaunlich, was der ehemalige Baudirektor mit dem Auftrag des Kantonsrates gemacht hat. Er hat sich schlicht und einfach nicht darum gekümmert. Ob es unter diesen Voraussetzungen überhaupt Sinn macht, den Bericht des Regierungsrates durch den Kantonsrat genehmigen zu lassen, kann jeder und jede für sich selber entscheiden. Wir würden uns freuen, wenn der neue Regierungsrat zu anderen Planungsergebnissen käme. Den jetzigen Energieplanungsbericht werden wir nicht genehmigen.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Die Diskussion ist aus Sicht der FDP etwa so verlaufen, wie wir das erwartet hatten, inhaltlich. Das absolut Bemerkenswerte für uns ist aber nun doch der Umschwung der SP-Fraktion. Ihr Sprecher hat es ausgeführt: In der Kommission lief die Beratung noch so, dass man knapp zustimmen konnte, Felix, du hast es so gesagt. Und nun diese absolute Ablehnung. Ich gehe davon aus, dass das Gleiche auch bei der EVP passieren wird. Da fragt man sich doch, was in der Zukunft passiert ist. Und ein Schelm, der denkt, dass es daran liegen könnte, dass wir einen neuen Baudirektor haben. Nun vielleicht noch materiell: An der Standortbestimmung wird sich ja auch nicht viel ändern, am Rückblick jedenfalls nicht und an der Standortbestimmung auch nicht. Wir fragen uns nun wirklich: Ist es sinnvoll, dass wir die Baudirektion damit beschäftigen, an einem Bericht zu arbeiten, der schon lange vorliegt. Ist es wirklich sinnvoll, hier noch etwas daran zu feilen. Aus unserer Sicht ist der Bericht genügend, aus unserer Sicht tut es not, dass wir uns jetzt um die konkreten Vorlagen – sie sind auch bereits genannt worden –, die REDEM und die MuKEN, kümmern. Aus unserer Sicht bringt eine Ablehnung nichts. Eine Ablehnung heute halten wir einmal mehr für Symbolpolitik. Selbstverständlich stimmen wir dem Bericht zu.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Energieplanung ist eine rollende Planung. Energieplanung muss sich laufend weiterentwickeln. Ich glaube, dass es wenige hier im Saal gibt, die dem widersprechen. Ich stelle aber fest, dass die Voten, die für die Ablehnung des Berichts votieren, in einer früheren Phase der Energie- und Klimapolitik steckengeblieben sind und die neuesten Erkenntnisse schlicht und einfach vielleicht nicht gelesen haben. Ist ja möglich, ist verzeihlich. Aber immer wieder wurde erwähnt, im Energiebericht seien nach wie vor die Kernkraftwerke als ein wesentlicher Energieträger erwähnt und man plane nicht, möglichst schnell und möglichst sofort aus der Kernenergie auszusteigen. Nun, ich habe es in diesem Rat bereits einmal erwähnt: Wenn man die neuesten Erkenntnisse der Klimapolitik ansieht, wenn man die Berichte der Klimakonferenzen ansieht, die internationale Klimakonferenz in Katowice, Nachfolgerin der Pariser Konferenz, wenn man die Schlussdokumente ansieht, dann sieht man, darin ist enthalten, dass Kernkraftwerke, weil sie praktisch kein CO₂ ausstossen, ein wesentliches Element in der Klimapolitik bleiben sollen und wieder werden sollen, mit vielleicht verbesserten Techniken. Es gibt auch andere verbesserte Techniken. Aber auch der OECD-Klimarat (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*), die Klimakommission der Europäischen Union, befürwortet Neuüberdenken der Kernkraftfrage aus Klimagründen. Man soll sich neuen Erkenntnissen nicht verschliessen, auch wenn diese dazu führen, dass man liebgewordene Feindbilder über Bord werfen muss.

Zum Stromverbrauch: Jeder von uns oder fast jeder von uns, der nicht gerade die Zeitung vor sich hat, hat den Laptop oder das iPad vor sich. Die Dinger verbrauchen Strom, Datenverarbeitung ist zu einem riesigen Stromverbraucher geworden. Datenverarbeitung zu verbieten, ist nicht der richtige Weg. Energiesicherheit

ist etwas ganz Wichtiges, das hebt auch der Bericht hervor. Aber in etwas gebe ich der Gegenseite recht: Energieplanung ist eine rollende Planung. Und ein Energiebericht aus einem Jahr wird sich im Laufe der nächsten Jahre wohl überholen. Ich beantrage, diesen Bericht, der in bestmöglicher Weise aufzeigt, was gemacht wurde und was aus der heutigen Sicht möglich und kurzfristig machbar ist, zu genehmigen. Und sicher freuen wir uns jetzt schon auf den Bericht der Baudirektion Ende 2020. Ich danke Ihnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir müssen hier nicht Semantik betreiben, aber es steht schon im Wort selber: «Energieplanungsbericht». Und es steht im Vorwort zum Energieplanungsbericht, was Sinn und Zweck dieses Berichts sein soll: Er gibt über gegenwärtige und zukünftige Energienutzung und -versorgung Auskunft. Es geht um die langfristig anzustrebende Entwicklung. Also, ein Energieplanungsbericht muss ganz klar den Fokus auf die Planung und auf die Zukunft haben. Was wir hier haben, das ist eine Nabelschau, wie's gestern war und wie toll die Vergangenheit war. Wir brauchen Veränderung, wir brauchen einen ambitionierten Planungsbericht, der uns aufzeigt, wo die Reise hingehet, und nicht, wo wir heute stehen. Aus diesem Grund kann ich Ihnen sagen, dass die EVP diesen Energieplanungsbericht als Standortbestimmung ablehnen wird. Wir wollen einen Bericht, der uns sagt, wo die Reise hingehet.

Christian Schucan (Uetikon a. S.) spricht zum zweiten Mal: Wenn Beat Bloch mir wirklich zugehört hätte, hätte er meine Aussage zum Ausblick im Bereich der Mobilität gehört und daraus schliessen können, dass ich den ganzen Bericht gelesen habe. Ich sehe die Funktion eines Berichts einfach anders als die Grünen und respektiere, dass die Planung gemäss Gesetz dem Regierungsrat obliegt. Das kann sich mit der Behandlung der PI Bloch dann ändern, bis dann gilt aber noch das heutige Gesetz.

Ich stelle fest, dass SP und EVP offenbar total verunsichert sind und daher Symbolpolitik den Vorrang geben und somit Papiertiger wichtiger werden als griffige Massnahmen. Das Parlament gibt zum zweiten Mal nach dem Klimanotstand (*gemeint ist die Überweisung der beiden dringlichen Postulate KR-Nrn. 62/2019 und 63/2019*) der Verwaltung in Auftrag, einen Bericht zu erarbeiten beziehungsweise in diesem Fall zu überarbeiten. Ich empfehle daher dem neuen Baudirektor, sich auf Massnahmen zu fokussieren und den Bericht seines Vorgängers – nicht genehmigt – in Frieden ruhen zu lassen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Das ist einfach problematisch, dieses Märchen der CO₂-Neutralität der Kernenergie. Es ist schon klar, das AKW selber stösst sehr wenig CO₂ aus. Die CO₂-Freisetzung findet bei der Kernstabproduktion statt. Wieso wurde das so tief veranschlagt? Es ist einfach so: Man hat irgendwann mal einen Schnitt gemacht, was bereits schon gefördert wurde an Uran, was bereits schon verarbeitet wurde. Und wenn man beispielsweise ein Recycling

von Waffen-Uran hat, wie das die Rosatom (*auf Kernenergie spezialisiertes russisches Staatsunternehmen*) macht, dann fällt das in der CO₂-Bilanz natürlich nicht mehr an. Nur, wenn Sie eine Ausbaustrategie der AWK anstreben, dann muss wieder Uran gefördert werden. Die Uranvorkommen, die sind bekannt. Hier geht es ja um Waffen, nicht. Der Gehalt der Uranvorkommen nimmt ab. Entsprechend wird der Energieverbrauch, um die Kernstäbe herzustellen, in Zukunft zunehmen, und zwar so, dass absehbar ist, wenn man die Strategien nimmt in 30, 40 Jahren, so die Berechnungen, die gemacht wurden, dass ein AKW diesbezüglich einem Gaskraftwerk entspricht.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Wenn ich hier der Diskussion zuhöre, glaube ich, im falschen Film zu sein. Ich bin acht Jahre in der KEVU gewesen und war bei den Beratungen dabei. Ich habe diese Beratung mitverfolgt, sehr interessiert mitverfolgt, und jetzt haben wir zwei Parteien, die hier als Wendehälse auftreten, weil ihnen die Knie schlottern. Die beiden Linksparteien EVP und SP haben nicht mehr den Mut, zu dem zu stehen, zu dem sie vor nicht allzu langer Zeit gestanden sind. In dieser Zeit, seit der Schlussabstimmung in unserer Kommission und dem heutigen Tag, ist nicht so viel anderes passiert, womit sich dies rechtfertigen würde. Einzig haben Sie gesehen, vor allem die Sozialdemokraten haben gesehen, dass Sie europaweit aufs Dach bekommen, weil die Grünen Ihnen die Butter vom Brot nehmen. Und das hat dazu geführt, dass jetzt auf der linken Seite Panik ausbricht und Sie auf diesen Zug aufspringen müssen. Aber die Wählerinnen und Wähler müssen sich eigentlich fragen: Was sind das für Parteien, die so um 180 Grad drehen und wenden können? Sind diese Parteien zuverlässig? Ich weiss nicht, wie das in diesen Wählerschichten beurteilt wird, aber ich würde diesen als Rat geben: Dann wählen Sie doch bitte das Original und nicht solch eine billige Kopie. Danke.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Orlando Wyss fühlt sich hier im falschen Film. Ich muss Kollege Wyss darauf hinweisen: Hier wird die Programmierung des Films vom Volk gemacht. Und wenn er sich seit dem 6. Mai im falschen Film fühlt, dann hat er halt einfach das Resultat der Wahlen noch nicht ganz verdaut. Orlando Wyss, in diesen Fragen kommt Ihnen jetzt halt die Rolle der Opposition zu. Und zu Frau Franzen muss ich sagen, wenn sie maliziös vermutet, dass unser neues Abstimmungsverhalten mit der Personalie «Baudirektor» zusammenhängt, dann ist nach nicht maliziös, sondern es ist sehr wohlwollend. Wir hatten unter dem alten Baudirektor keine Hoffnung, dass die Ablehnung des Energieplanungsberichts irgendetwas an den politischen Prioritäten im Energiebereich ändern würde. Heute sieht das ganz anders aus. Und das ist nicht einfach vom Himmel gefallen oder in einer Lotterie gezogen worden, sondern das Volk hat dafür gesorgt, dass die Prioritäten in diesem Kinoprogramm jetzt halt ein bisschen anders gesetzt werden. Und weil wir nun diese Hoffnung haben, wollen wir einen anderen Energieplanungsbericht, vor allem wollen wir eine andere Energieplanung, als sie in den

letzten Jahren gemächlich dahingetrottet ist. Ja, wir reagieren auf solche Verschiebungen im Volk, denn unser Parteiname enthält ja auch das Wort «Demokraten». Das ist für uns sehr erfreulich und wir wollen diese Chance nutzen. Vielen Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die Fürsorge, die sich Herr Wyss für unsere Partei und unsere Wählerschaft macht. Ich kann Sie aber beruhigen, wir brauchen Ihre Fürsorge nicht. Die EVP macht keine Klientelpolitik für irgendwelche Verbände und Organisationen, die Millionen in unsere Partei hineinspülen. Wir sind nicht die Partei des Geldes (*Heiterkeit auf der rechten Ratsseite*), wir sind nicht die Partei der Bonzen, aber seit 100 Jahren engagiert sich unsere Partei für Mensch und Umwelt. Und das dürfen Sie ruhig auch nachlesen, das können wir belegen und beweisen. Die EVP steht ein für Menschen und Umwelt, und wir stehen ein für eine enkeltaugliche Politik. Es geht uns auch um die nachfolgende Generation, heute so zu gestalten, dass auch die nachfolgende Generation eine Welt antrifft, in der sie sich bewegen und leben kann. Von welchem Thema ist denn die nächste Generation unmittelbar betroffen als hier von der Energieversorgung? Wir sind also nicht irgendwo auf einem Schlingerkurs, sondern wir engagieren uns als EVP für Mensch und Umwelt und tun das, indem wir diesen mutlosen und unambitionierten Energieplanungsbericht ablehnen.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte doch noch eine ganz kurze Replik auf Ruedi Lais geben, der da erwähnt hat, wie demokratisch seine Partei ist. Wir haben eben auch die Demokratie in unserem Namen (*Heiterkeit*), ich möchte aber sagen: Wir schauen eben vorwärts und möchten nicht Vergangenheitsbewältigung machen. Was Sie hier verlangen, ist eine Vergangenheitsbewältigung. Wir sind darüber hinweg. Wir haben die Wahlen akzeptiert, wir schauen vorwärts. Wir schauen vorwärts, wir wollen, dass wir mit der PI Bloch eine Strategiediskussion führen können. Das müssen wir, wir müssen nicht eine Vergangenheitsbewältigung, einen Bericht verlangen, die Historie aufarbeiten, sondern wir wollen in die Zukunft gehen. Wir wollen eine aktive Diskussion, eine aktive Strategiediskussion haben. Das führt uns in die Zukunft und nicht eine Vergangenheitsbewältigung. Wir schauen vorwärts. Danke. Genehmigen Sie den Bericht.

Regierungsrat Martin Neukom: Vielen herzlichen Dank für die engagierte Debatte, begonnen beim Energieplanungsbericht bis schliesslich zur Diskussion, welche Parteien das Wort «demokratisch» im Namen tragen – sehr, sehr spannend. Aber ich merke, dass wir auch beim Energieplanungsbericht nur schon beim Titel gewisse Differenzen haben. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt und sagt «Das ist vielmehr eine Berichterstattung als ein Umsetzungsprogramm», gleich wie einige Parteien hier in diesem Rat. Und andere sagen «Es ist ein Planungsbericht».

Trotzdem hat es gewisse Ausblicke in diesem Programm drin. Sie sehen, es ist zum Beispiel die Energiestrategie 2050 abgebildet und es ist das CO₂-Reduktionsziel bis 2050 abgebildet. Natürlich ist in diesem Bericht noch das CO₂-Ziel aus dem Energiegesetz abgebildet, das Ziel von 2,2 Tonnen CO₂ pro Kopf bis 2050. Dieses Ziel ist nach Paris – es wurde mehrfach gesagt – veraltet, das ist klar. Dieses Ziel wird sowieso angepasst werden müssen. Zum Zeitpunkt dieses Berichts war das natürlich noch das aktuelle Ziel.

Ein Wort noch zu Herrn Lucek: Sie haben gesagt, die Schweiz sei im CO₂-Bereich sehr vorbildlich unterwegs. Man muss sagen, es kommt immer ein bisschen darauf an, wie man die Zahlen anschaut, von welcher Seite. Sie beziehen sich vermutlich auf die Zahl von 4,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, welche die Schweiz aktuell ausstösst. Das ist in dem Sinne natürlich fortschrittlich, denn da sind wir auf Platz 80 der Länderrangliste. Wenn man hingegen schaut, welche graue Energie noch dazukommt – denn wir haben ja nicht mehr sehr viel Industrie in der Schweiz, vieles wird in Asien produziert –, wenn man also schaut, wie viel Energie dann noch dazukommt bei all den Produkten, die wir haben – Mobiltelefone, Handys, Autos und so weiter –, wenn man das noch dazuzählt, dann sind wir dann nicht mehr bei 4,5 Tonnen, sondern bei 15 Tonnen. Und dann machen wir den Amerikanern Konkurrenz, also dann sind die Zahlen nicht mehr ganz so gut. Es kommt halt immer ein bisschen darauf an, von welcher Seite man das anschaut, je nachdem ist die Schweiz vorbildlich oder eben nicht.

Zur Diskussion über den Atomstrom ist einfach festzuhalten, dass die Bevölkerung entschieden hat, dass sie keine neuen Atomkraftwerke will. Das ist vermutlich gar nicht mal derart relevant, denn Sie sehen, dass die heutigen Atomkraftwerke nicht rentabel sind. Und überall da, wo neue Atomkraftwerke gebaut werden, zum Beispiel in England, müssen diese hochsubventioniert werden, sogar mehr, als dies die Solarenergie muss. Und das ist ja vermutlich, so interpretiere ich mal die Haltung der SVP und der FDP, auch nicht unbedingt ihr Ziel.

Ich möchte nur noch kurz auf einen speziellen Bereich in diesem breiten Bericht eingehen, nämlich auf den Gebäudebereich: 1981 wurden in diesem Kanton zum ersten Mal Wärmedämmvorschriften erlassen. Diese wurden dann Schritt für Schritt verschärft. Die letzte Verschärfung war mit den MuKE 2009. Das hat massiv Wirkung gezeigt. Vor 50 Jahren lag der durchschnittliche Wärmeverbrauch bei ungefähr bei 220 Kilowattstunden pro Quadratmeter pro Jahr, heute liegt er bei 40. Also wir kamen von über 200 auf 40 herunter, dies mit angepassten Vorschriften, dass man Wärme dämmen muss. Hier haben wir heute noch einen Fünftel von dem, was wir einmal hatten. Und das ist nicht allein durch technischen Fortschritt passiert, sondern das ist passiert, weil die Politik Massnahmen ergriffen hat. Und das zeigt Wirkung. Wir sehen einen einzigen Bereich, in dem die Emissionen sinken, das ist der Gebäudebereich. Im Gebäudebereich gehen die CO₂-Emissionen pro Kopf leicht zurück. Das ist sehr gut, das müssen wir weiter fortführen. Im Verkehr ist dies leider nicht der Fall, es wurde vereinzelt schon gesagt. Im Verkehr sind die Emissionen sogar leicht steigend, hier braucht es zusätzliche Massnahmen. Im Gebäudebereich ist natürlich die grosse Baustelle nicht

der Neubau, denn Sie wissen, beim Neubau werden meistens Wärmepumpen verbaut, und der CO₂-Ausstoss ist bei vielen Neubauten schon null. Die grosse Herausforderung liegt hier bei den Altbauten. Denn die Altbauten zu sanieren, das wurde in diesem Rat ebenfalls schon gesagt, wird die grosse Herausforderung sein.

So wie es aussieht wird dieser Rat diesen Energieplanungsbericht 2017 ablehnen. Ich habe Ihre Kritik gehört: Die graue Energie fehlt, der Flugverkehr fehlt, es hat zu wenig Planungsaspekte, zu wenig Klimaschutz. Ich nehme dies auf. Falls dann der Rat dies ablehnt, werde ich so schnell wie möglich mit einem neuen Energieplanungsbericht erscheinen. Es ist zeitlich vermutlich nicht möglich, dass dies noch in diesem Jahr stattfinden wird, deshalb sprechen wir wahrscheinlich von einem Energieplanungsbericht 2020. Dieser wird sicherlich den Weg in Richtung Dekarbonisierung aufzeigen.

Trotzdem empfehle ich Ihnen im Namen des Regierungsrates, diesen Energieplanungsbericht zu genehmigen.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Minderheitsantrag von Thomas Forrer und Barbara Schaffner:

Der Energieplanungsbericht 2017 des Regierungsrates wird nicht genehmigt.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Thomas Forrer gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen und die Genehmigung des Energieplanungsberichts 2017 abzulehnen.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.